

Vertraulich

VERHANDLUNGSPROTOKOLL

der 40. Sitzung des Bundesrates

vom 9. Dezember 1991

Der Rat tagte bereits um 8.00 Uhr, damit genügend Zeit für die Besprechung mit dem Präsidenten des Direktoriums der SNB, Markus Lusser, zur Verfügung steht. Bei der Vorbereitung der Unterredung unterstreicht Bundesrat Stich, dass die Notenbankpolitik wegen der Konjunktur und der internationalen Entflechtung schwieriger geworden ist. Die Politik der SNB ist bisher nicht sehr erfolgreich gewesen, denn die Inflation ist weiterhin stark, und der Franken hat sich abgeschwächt. Die Geldmengenzpolitik wurde auf drei bis fünf Jahre festgelegt, was eine Stop-and-go-Politik ermöglicht. Eine Ueberprüfung dieser Politik ist nötig. Pour sa part, M. Delamuraz souligne que le but de la rencontre est de connaître les intentions de la BNS quant à l'expansion monétaire en 1992. Qu'entend entreprendre la BNS pour éviter une 5^e augmentation des taux hypothécaires? Il s'agit de discuter des divergences apparues publiquement au sujet des répercussions inflationnistes des intentions du Conseil fédéral pour l'assainissement des finances fédérales.

Laut Präsident Lusser zwingen zahlreiche Unsicherheiten die SNB, die Geldpolitik mittelfristig anzulegen. Dabei geht es insbesondere um die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung, um die Ereignisse in der UdSSR und um die Beziehungen Schweiz - EG. Eine durchschnittliche Erhöhung der Geldmenge um jährlich 1% ist geeignet, die Preisstabilität mittelfristig wiederherzustellen. 1991 war die Nationalbank keineswegs restriktiv, denn die Geldmenge hat um 1,8% zugenommen. Auch 1992 plant die SNB eine Geldmengenerhöhung, die leicht über dem mittelfristigen Ziel sein wird. Die Inflation sollte 1992 wieder zwischen 3 bis 4% sinken, je nachdem wie die Entschiede über die Benzinzölle und die Hypothekarzinsen ausfallen. Die Konjunktur wird weiter stagnieren, denn es ist nur eine sehr leichte Belebung der Weltkonjunktur zu erwarten. Die Nationalbank wird keine allzu starke Abschwächung des Frankens tolerieren.

In der Diskussion werden zahlreiche kritische Fragen und Bemerkungen geäußert. Der Erfolg der Stabilitätspolitik der SNB lässt auf sich warten. Ist es richtig, das Geldmengenziel nur mittelfristig zu setzen? Dies ermöglicht es der SNB, ihre Politik ohne Begründung anzupassen. Andererseits kennen die Leute das Ziel nicht und sind übervorsichtig. Kann man sich noch auf die Geldmengenpolitik verlassen? Längerfristig könnten die Fortschritte in der internationalen Währungszusammenarbeit eine Änderung unserer Politik aufzwingen. Wenn die heutige Geldmengenpolitik eine fünfte Erhöhung der Hypothekarzinsrate verursachen könnte, sollte man unbedingt weniger restriktiv operieren. Neben der Geldmenge sind für die SNB auch die Wechselkurse zu berücksichtigen. Wie soll das Verhältnis Franken - DM sein? Die heutige Frankenschwäche hat auch Vorteile, denn sie kann die Konjunktur beleben. Sollte sich die Schweiz nicht vermehrt an die europäische Währungsschlinge anpassen? Welches sind die Folgen des zunehmenden Gebrauchs von Kreditkarten im Zahlungsverkehr?

Präsident Lusser bestätigt seine Haltung, wonach die Politik der SNB fortgesetzt werden muss. Die Geldpolitik wirkt erst nach drei Jahren und es ist deshalb verfrüht, diese Politik zu ändern. Sollte eine neue Hypothekarzinsrunde kommen, geschähe dies nicht wegen der Geldmengenpolitik, sondern weil die Bankenstruktur dies erfordern würde. Ein zusätzliches Mittel gegen die Teuerung wäre eine bessere und konsequentere Wettbewerbspolitik.

Nach dieser Diskussion wird Herr Lusser ermächtigt zu erklären, die Geldmengenziele der SNB würden im Einvernehmen mit dem Bundesrat festgelegt.

Die Frage wird aufgeworfen, ob der Bundesrat in die Geldmengenpolitik der Nationalbank rechtlich einwirken kann. Diese Frage wird vom EFD geprüft.

Fragestunde

Verschiedene Antworten geben zur Diskussion Anlass.

A propos de la Yougoslavie , il faut indiquer que la mission de M. Vance n'a pas donné de résultat. Par conséquent, l'ONU n'enverra pas de casques bleus. La CSCE a demandé à la Suisse de présider une commission chargée d'enquêter sur le respect des droits de l'homme en Yougoslavie.

Für Bundesrat Stich steht eine Stellungnahme über die Abgabe von Drogen im Widerspruch zu den Entscheiden des Bundesrates. Der Rat wollte im Rahmen von wissenschaftlichen Versuchen auch die Abgabe von Heroin ermöglichen. Die Versuche müssen aber im Rahmen des heutigen Gesetzes durchgeführt werden.

Réforme du gouvernement

Le président Cotti signale que les présidents des commissions parlementaires Hubacher et Huber se sont plaints de ce que le Professeur Pümpin semble appuyer le référendum des étudiants de Saint-Gall contre la réforme du Parlement. Le chancelier souligne que M. Pümpin nie avoir joué un rôle quelconque dans cette affaire. Il posera de nouveau la question pour éviter des problèmes avec le Parlement. M. Cotti souligne que ce dossier devra être traité devant les commissions parlementaires par le Président de la Confédération, qui sera accompagné par le chancelier. Lors de la discussion de détail, on souligne que le modèle D, c'est-à-dire le système parlementaire, devrait continuer d'être étudié. En outre, il faut essayer d'obtenir de la commission Eichenberger des délais moins longs. Le chancelier interviendra dans ce sens auprès du professeur Eichenberger.

Lignes directrices de la législature

La nécessité de coordonner les lignes directrices de la législature avec le programme d'assainissement des finances fédérales provoque des retards dans la présentation du rapport aux Chambres fédérales. Le Parlement en a été informé. Le chancelier regrette que le DFF n'ait pas été en mesure de chiffrer les différents projets de la législature, chose qui aurait facilité la préparation du rapport. Le Conseil dit n'être pas en mesure de prendre des décisions préliminaires, mais charge le chancelier de définir avec les secrétaires généraux les projets qui pourraient être abandonnés.

Chef der Bundespolizei

Nachdem der ehemalige Chef der Bundespolizei beim Bundesgericht Klage erhoben hat, erübrigt sich die Behandlung eines Antrages betreffend einer einmaligen Vergütung. Herr Peter Huber sollte nicht mehr an seiner früheren Stelle beschäftigt werden, denn dadurch würde der Eindruck entstehen, dass sich nach der Fichenaffäre bei der Bundesanwaltschaft nichts geändert hat. Die Prozessführung wird dem EFD anvertraut, da es sich vorwiegend um personalpolitische Fragen handelt. Die Klageantwort wird aber in Zusammenarbeit mit dem EJPD erstellt.

Neues Kampfflugzeug

Es wird vorgeschlagen, den Antrag erst zu behandeln, wenn der Bundesrat das Sanierungsprogramm verabschiedet hat. Wie kann man solche Milliardenausgaben mit den Sparanstrengungen in Einklang bringen?

Bundesrat Villiger widersetzt sich diesem Ansinnen. Der Rat hat bereits im Juni entschieden, und seither hat sich nichts grundlegend geändert. Das neue Kampfflugzeug ist eine absolute Notwendigkeit. Das EMD hat seine ganze Finanzplanung darauf ausgerichtet und sehr viele Sparanstrengungen unternommen. Wenn der Rat nicht schnell entscheidet, muss man mit beträchtlichen zusätzlichen Kosten rechnen.

In der Diskussion wird die Notwendigkeit der Beschaffung von 34 FA-18 nicht bestritten. Alle andern europäischen Länder verfügen über Flugzeuge dieser Generation. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Armee. Schade, dass das Armeeleitbild noch nicht verabschiedet ist und dass grössere Sparanstrengungen im militärischen Bereich nicht mehr sichtbar gemacht werden können. Trotz grundsätzlicher Zustimmung wird der Entscheid um eine Woche verschoben.

Ersatz der Finanzordnung

Für Bundesrat Stich hat der Rat alle nötigen Vorentscheide bereits getroffen, so dass die Botschaft an das Parlament verabschiedet werden kann. In bezug auf die Beseitigung der Taxe occulte müssten die Mindereinnahmen von 2,5 Milliarden Franken kompensiert werden. Ueber die neue Finanzordnung müsste, wenn möglich bereits im September 1992 abgestimmt werden. Denkt man an den EWR und an andere wichtige Vorhaben, gibt es keinen besseren Termin.

La discussion fait apparaître une grande perplexité. La proposition du DFF est combattue par certains partis politique. La question de l'abolition de la taxe occulte est traitée d'une façon trop négative dans le message. Si on ne peut l'abolir tout de suite, il faut exprimer l'intention de le faire plus tard. Pour des raisons d'acceptabilité, il faudrait limiter la durée de validité des impôts inscrite dans la constitution. La décision est renvoyée à la prochaine séance.

Aussprachen

Teuerungsausgleich für die Bundesbeamten

Die Personalverbände haben einen Teuerungsausgleich von 5% beantragt. Das EFD schlägt nun einen solchen von nur 4,5% vor. Dies bedeutet eine Aenderung gegenüber der Praxis, denn bereits Ende Januar werden die Löhne in Rückstand geraten. Trotzdem wird vorgeschlagen, den Teuerungsausgleich auf 3,5 beziehungsweise 4% zu beschränken. Es gilt, die allgemeine wirtschaftliche Lage zu berücksichtigen.

sichtigen und ein Zeichen zu setzen. Für die Regiebetriebe würde ein solcher Ausgleich zu Defiziten führen. Der Rat beschliesst mehrheitlich einen Ausgleich von 4,5%.

Umfragen

- M. Couchepin
- rappelle que la séance de photographies aura lieu durant l'heure des questions.
 - parmi les référendums en cours, quelles signatures faut-il contrôler en priorité en vue de la votation du 17 mai? Il s'agit des signatures pour le référendum contre la NFLA, s'il aboutit.

19.12.1991 AC/dl

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

geht an:

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler/in (2)